

Dieses gesellschaftspolitische „Gegenmodell“ hat Schiller in fünf Punkten zusammengefaßt, auf die es sich, da sie das ideologische Begleitinstrument der antisozialistischen „neuen Ostpolitik“ sind, einzugehen lohnt.

„Die mündige Gesellschaft“, das stellt Schiller an die Spitze seines „Gegenmodells“, „ist begründet auf unserer heutigen Gesellschaft des sozialen und wirtschaftlichen Wettstreits, der Konkurrenz um die höchste Leistung.“ Wahrhaftig eine überzeugende „Alternative“: eine sozialdemokratisch drapierte staatsmonopolistische „Alternative“ zum staatsmonopolistischen Kapitalismus! Schiller ist kaum darin mißzuverstehen, daß er einen solchen „besseren“ Kapitalismus im Sinne einer Erhöhung der „Leistungsfähigkeit“ der großen Konzerne, der Ankurbelung ihrer Profiterhöhung, der weiteren Konzentration ökonomischer Macht meint, also genau im Sinne dessen, was das Ergebnis fast zweijähriger Wirtschaftspolitik dieser Koalitionsregierung ist.

Aber weiter: „Zweitens. Die mündige Gesellschaft ist eine dynamische Gesellschaft.“ Im Grunde ist dies nur die Fortsetzung der ersten These: die Orientierung aller Ziele auf die expansive Ausdehnung der Monopolwirtschaft und die gesellschaftspolitische Anpassung an die Erfordernisse des staatsmonopolistischen Systems. Im übrigen hat Schiller diese These wortwörtlich aus der Konzeption der formierten Gesellschaft der CDU/CSU abgeschrieben.

„Drittens. Die mündige Gesellschaft setzt freie, aufgeklärte Menschen voraus, Menschen, die in stande sind, alte und neue Abhängigkeiten in Staat und Wirtschaft zu erkennen und ihnen die Stirn zu bieten.“ Nun, nach dem klaren Bekenntnis zum bestehenden staatsmonopolistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem, das in den beiden ersten Thesen gegeben wurde, hört sich das recht unverbindlich an. Aber, Herr Schiller, wie steht es um die Mitbestimmung, die von den Gewerkschaften und zahlreichen Mitgliedern und Funktionären der Sozialdemokratischen Partei seit Jahren gefordert, aber gerade von Ihregleichen im Bunde mit Strauß und Abs hintertrieben und verhindert wird? Die Brandt, Wehner und Schiller, die den sozialistischen Ländern mehr „Mündigkeit“ und „Offenheit“ im Stile jener konterrevolutionären Umtriebe der Massenmedien wie in der CSSR vor dem 21. August dieses Jahres empfehlen, wußten im Bonner Staat eine auch nur elementare Mitbestimmung der Arbeiter, Bauern und Geistesschaffenden zu verhindern. Sie reden und schwafeln vom „mündigen“ Staatsbürger als Leitbild einer „sozialen Demokratie“ (für den Gebrauch nach innen ist selbst das Wort „Sozialismus“ gestrichen) und lassen dem Meinungsterror eines Springer-Konzerns jeden Lauf. Sie schwätzen vom „mündigen“ Staatsbürger und geben der Partei der Monopole alle Ermächtigungen zur Ausschaltung selbst der einfachsten bürgerlich-demokratischen Grundrechte.

In seiner vierten These über die „mündige Gesellschaft“ schließlich redet Schiller jener staatsmonopolistischen Beherrschung der Wirtschaft, jener politischen Formierung durch die Staatsmacht des Finanz- und Rüstungskapitals das Wort, wie sie unter Zuhilfenahme sozialdemokratischer Minister nach dem Dortmunder Parteitag forciert betrieben wird: „Viertens. Die mündige Gesellschaft... anerkennt vielmehr, daß der Staat die Aufgabe hat, die gesellschaftlichen Gruppen durch seine planende und ausgleichende Politik und durch Orientierungshilfen auf das Gemeinwohl hinzuführen.“

Schillers „mündige Gesellschaft“ unterstützt damit voll und ganz die Formierungskonzeption der CDU/CSU, heißt es doch in These 5 der Konzeption der „formierten Gesellschaft“, es gehe „um die Integration der gefestigten*